

Tarifpolitik

Bescheidenheit lohnt sich

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte birgt ab 2006 Sprengstoff für die Tarifverhandlungen. Schon bisher haben die Gewerkschaften mit dem Hinweis auf gestiegene und steigende Preise den lohnpolitischen Verteilungsspielraum überstrapaziert. So sind die Tariflöhne je Arbeitsstunde zwischen 1995 und 2004 um 20,3 Prozent gestiegen und damit deutlich schneller als die gesamtwirtschaftliche Produktivität, die nur um 16,6 Prozent zunahm. Dabei mussten in Westdeutschland die Papier verarbeitende Industrie sowie die Metall- und Elektro-Industrie mit 29 Prozent die größten Tariflohnzuwächse verkraften. In Ostdeutschland legten die Entgelte in der Chemischen Industrie mit 53 Prozent am stärksten zu.

Die Unternehmen haben darauf unter anderem reagiert, indem sie die übertariflichen Zulagen zurückgestutzt haben. Die Effektivlöhne stiegen damit allein in den vergangenen drei Jahren jeweils um 0,7 Prozent langsamer als die Tariflöhne. Vor allem aber haben Betriebe gerade weniger produktiven Mitarbeitern gekündigt. Um diesen Trend umzukehren, ist lohnpolitische Bescheidenheit gefragt: Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen und der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden nach einem Jahr um jeweils 0,4 Prozent, wenn die Lohnerhöhungen um 1 Prozentpunkt hinter dem Produktivitätswachstum zurückbleiben. Dies entspricht einem Zuwachs von etwa 130.000 Erwerbstätigen oder 222 Millionen Arbeitsstunden.

Hagen Lesch: Lohnpolitik und Beschäftigung in Deutschland, in: IW-Trends 4/2005

Gesprächspartner im IW: Dr. Hagen Lesch, Telefon: (02 21) 49 81-7 78

Tarifpolitik

Teuerung muss außen vor bleiben

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte birgt Sprengstoff für künftige Tarifverhandlungen – wenn auch nicht in der Lohnrunde 2006, wie die IG Metall jetzt betont hat. Bisher haben die Gewerkschaften jedenfalls mit dem Hinweis auf gestiegene und steigende Preise den lohnpolitischen Verteilungsspielraum überstrapaziert – mit fatalen Folgen: Der Beschäftigung wurde dadurch ein Bärendienst erwiesen.*)

Die Lohnentwicklung wird in Deutschland maßgeblich durch die Tarifpolitik von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bestimmt. Insgesamt sind 83 Prozent aller Arbeitnehmer in tarifgebundenen oder zumindest in tariforientierten Betrieben angestellt.

Auf den ersten Blick haben die Arbeitnehmervertreter zuletzt lohnpolitische Disziplin walten lassen. Die Tarifentgelte haben sich jedenfalls in den vergangenen zehn Jahren wesentlich maßvoller entwickelt als in den frühen neunziger Jahren. Damals drückten der Wiedervereinigungsboom und die rasche Anpassung der Ostlöhne ans Westniveau auf die Lohntube. Auf den zweiten Blick sind jedoch gewisse Zweifel angebracht, ob die Tarifpolitik angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wirklich angemessen war:

Je Arbeitsstunde gerechnet sind die Tariflöhne zwischen 1995 und 2004

um 20,3 Prozent gestiegen und damit deutlich schneller als die gesamtwirtschaftliche Produktivität, die nur um 16,6 Prozent zunahm.

Die Tarifpolitik hat also den durch das Produktivitätswachstum – den wirtschaftlichen Fortschritt – abgesteckten Verteilungsspielraum deutlich überschritten. In einigen Branchen sind die Stundenlöhne sogar doppelt so schnell gestiegen wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität (Grafik):

- **In Westdeutschland** mussten die Papier verarbeitende Industrie sowie die Metall- und Elektro-Industrie mit 29 bzw. 28 Prozent seit Mitte der neunziger Jahre die größten Tariflohnzuwächse verkräften. Eher bescheiden waren der öffentliche Dienst und die Bauwirtschaft mit einem Zuwachs von jeweils 13 Prozent. Vor allem klamme öffentliche Kasernen und die anhaltende Baukrise schlugen sich darin nieder.

- **In Ostdeutschland** wuchsen die Entgelte in der Chemischen Industrie am stärksten. Zwischen 1995 und 2004 kamen die Beschäftigten in dieser Branche auf ein Plus von 53 Prozent, gefolgt von den Metallern mit 47 Prozent. Am unteren Ende rangieren die Bauwirtschaft und die Gastronomie. Bei Maurern, Polieren und deren Kollegen auf den Baustellen lag der Zuwachs bei 19 Prozent, Kellner, Köche und Co. erhielten im Durchschnitt 23 Prozent mehr Lohn.

Egal ob Tarifgebiet West oder Ost – für eine Reihe von Unternehmen waren die tarifpolitischen Vorgaben nicht zu erfüllen. Sie haben daher die Notbremse gezogen und weichen bei Löhnen oder Arbeitszeiten vom Tarifvertrag ab:

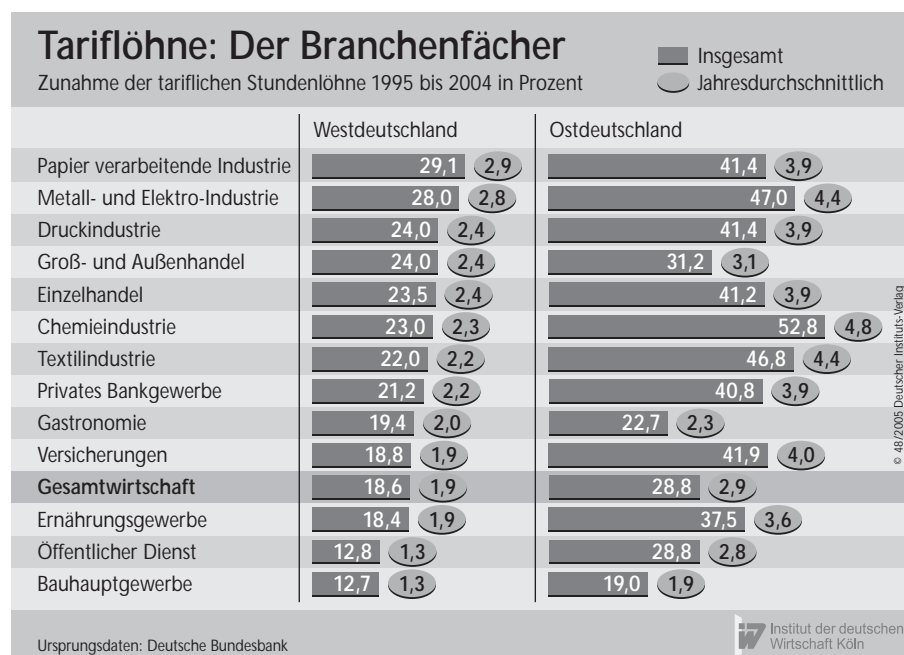
Drei Viertel der Firmen mit mindestens 20 Mitarbeitern, die einen Betriebsrat haben, nutzen tarifliche Öffnungsklauseln, so das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung.

Es gibt darüber hinaus noch zwei weitere Notausgänge, durch die die Firmen Produktivitätswachstum und Entlohnung ins Lot bringen können:

Zum einen werden übertarifliche Zulagen zurückgestutzt. So sind die Effektivlöhne, also die tatsächlich ausgezahlten Bruttostundenverdienste, in den vergangenen zehn Jahren jährlich um 0,2 Prozent – in den vergangenen drei Jahren um 0,7 Prozent – langsamer gestiegen als die Tariflöhne.

Zum anderen haben Betriebe Mitarbeitern gekündigt, die nach der Lohnrunde ihren „Preis“ nicht mehr erwirtschaften konnten.

Dieser für viele Betriebe letzte Ausweg hat aber einen Teufelskreis in Gang gesetzt: Weil vor allem weniger produktive Beschäftigte infolge der überzogenen Lohnerhöhungen ihren Arbeitsplatz verloren haben, ist die gesamtwirtschaftliche Produktivität gestiegen. Diese entlassungsbedingten Produktivitätsgewinne – der Sachverständigenrat



*) Vgl. Hagen Lesch: Lohnpolitik und Beschäftigung in Deutschland, in: IW-Trends 4/2005

für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beziffert sie für die vergangene Dekade auf 14 Prozent des gesamten Produktivitätsgewinns – haben die Gewerkschaften aber sofort in ihre Lohnforderungen eingepreist. Die daraus resultierenden Tarifabschlüsse haben die Firmen erneut zum Arbeitsplatzabbau gezwungen – und der dadurch erzeugte Produktivitätsgewinn wurde dann ein Jahr später wieder zur Begründung der Lohnerhöhungen herangezogen.

Um diese Spirale zu durchbrechen, müssen entlassungsbedingte Produktivitätsgewinne vom Verteilungsspielraum abgezogen werden.

Damit allerdings wäre nur der Status quo erreicht und die Beschäftigungslage könnte stabilisiert werden. Bei 5 Millionen Arbeitslosen muss jedoch – um im Bild zu bleiben – eine Rückwärts spirale in Gang gesetzt werden: Wenn die Lohnerhöhungen hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleiben, kommen auch schwächere Mitarbeiter wieder mit und ihre Einstellung rechnet sich für das Unternehmen.

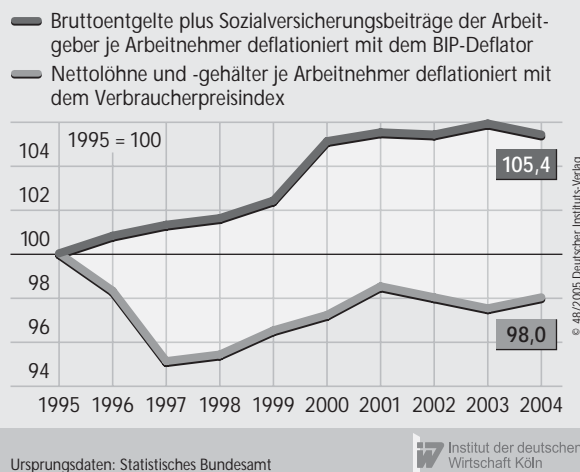
Denn die lohnpolitische Bescheidenheit sorgt gleich in zweierlei Hinsicht für mehr Jobs:

1. Arbeit wird im Vergleich zu Kapital billiger. Dadurch wird tendenziell arbeitsintensiver produziert.
2. Durch die Kostensenkung lohnt es sich, mehr herzustellen und mehr zu investieren. Folglich steigt die Nachfrage nach Arbeit.

Von diesem Szenario ist die deutsche Wirtschaft jedoch weit entfernt. Denn die Gewerkschaften pochen nicht nur strikt auf eine Anhebung der Entgelte nach Produktivitätsentwicklung. Sie haben zuletzt auch noch einen Teuerungsausgleich durchgesetzt: Die Arbeitskosten wuchsen seit 1995 jährlich um 0,2 Prozentpunkte schneller als die Produktivität – insgesamt um 18,9 Prozent.

Die Teuerungsrate hat in der Lohnformel aus ökonomischer Sicht aber nichts zu suchen (vgl. iwD 7/2004), weil das Ausland und der Staat einen erheblichen Einfluss auf die Preise haben:

Arbeitskosten und Löhne: Die Schere bleibt geöffnet



Importpreise. Werden Importe – etwa von Rohöl – teurer, müssen Konsumenten und Unternehmen hierzulande mehr für ausländische Produkte und Vorleistungen ausgeben. Dieses Geld kommt der deutschen Volkswirtschaft nicht zugute – kann also auch nicht verteilt werden.

Staatliche Preise. Einen ähnlichen Umverteilungseffekt wie bei den Importpreisen gibt es bei steigenden Steuern und Gebühren. Denn der Staat lenkt so bewusst einen größeren Teil des Bruttoinlandsprodukts in seine Kassen um:

Nach Berechnungen des Sachverständigenrats gehen fast zwei Drittel des Verbraucherpreisanstiegs von 9,1 Prozent seit dem Jahr 2000 auf das Konto staatlich administrierter Preise. Ohne sie hätte sich nur ein Preis-Plus von 3,9 Prozent ergeben.

Werden nun steigende Importpreise sowie Steuern und Gebühren in den Tarifverhandlungen in höhere Abschlüsse für die Arbeitnehmer umgemünzt, kostet das Arbeitsplätze. Die gestiegenen Preise für den Faktor Arbeit werden eben nicht durch mehr Leistung aufgefangen – die Produktivität bleibt gleich.

An all diesen Überlegungen gibt es wohl kaum etwas auszusetzen. Allerdings werden sie von den Gewerkschaften bei ihren Tarifforderungen oft nicht beherzigt. Dabei wären sie ein Garant für mehr Arbeitsplätze, wie mehrere Studien deutlich machen:

Institut für Weltwirtschaft. Nach Berechnungen der Kieler Ökonomen

steigt die Zahl der Arbeitsplätze und der insgesamt von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden innerhalb von drei Jahren um rund 1 Prozent, wenn die Löhne um 1 Prozentpunkt hinter dem Wachstum der Wertschöpfung zurückbleiben.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Der Nürnberger Think-Tank hat errechnet, dass 300.000 neue Arbeitsplätze entstehen, wenn die Lohnsteigerungen drei Jahre lang um jeweils 1 Prozentpunkt unter dem Produktivitätsfortschritt liegen.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Es kommt zu dem

Ergebnis, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen und der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden nach einem Jahr um jeweils 0,4 Prozent erhöht, wenn die Lohnerhöhungen um 1 Prozentpunkt hinter dem Wachstum der Produktivität zurückbleiben. Dies entspricht einem Zuwachs von etwa 130.000 Erwerbstätigen oder 222 Millionen Arbeitsstunden.

Lohnzurückhaltung ist damit ein unverzichtbarer Beitrag zur Belebung des Arbeitsmarktes. Ein solches Vorgehen fällt naturgemäß umso leichter, wenn es durch eine Senkung der hohen Lohnsatzkosten flankiert wird.

Die Tarifpolitik leidet seit Jahren darunter, dass Lohnerhöhungen zwar die Produktion verteuern und damit die Wettbewerbsfähigkeit angreifen, sich aber nicht im Portemonnaie der Bundesbürger niederschlagen (Grafik). Obwohl die Arbeitskosten der Unternehmen – Bruttolöhne plus Sozialversicherungsbeiträge – je Erwerbstätigen im Jahr 2004 real um 5,4 Prozent höher waren als 1995, waren die realen Nettoverdienste im Vergleich zu damals sogar um 2 Prozent niedriger.

Insofern wäre die jetzt geplante Senkung des Arbeitslosenbeitrags um 2 Prozentpunkte ein wahrer Segen – würden nicht gleichzeitig andere Maßnahmen in der Sozialversicherung wie die Kürzung des Bundeszuschusses dafür sorgen, dass Renten- und Krankenkassen demnächst mehr Geld von den Versicherten und ihren Arbeitgebern einsammeln müssen (vgl. iwD 47/2005).